

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinreichung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Vollshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 14. November 1931

35. Jahrgang

Nummer 46

Der Kampf um die Menschenwürde

Das deutsche Unternehmertum kämpft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln um den Abbau der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung, ganz gleich, in welcher Form diese dem Erwerbslosen gewährt wird.

Jeder ablaufende Tarifvertrag wird gekündigt, und die Forderung nach dem Abbau kann den Unternehmern nie hoch genug sein.

Zweifellos haben sie dabei auch Erfolge erzielt, aber diese blieben noch immer weit hinter dem zurück, was sie als unbedingt notwendig proklamierten. Unserem Unternehmertum wird durch die Krise recht deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß die deutschen Gewerkschaften ein sehr beachtliches Bollwerk gegen alle sozialen Verschlechterungen sind.

Eine feste Stütze dieser Abwehrschranke gegen die soziale Reaktion bildet die Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Deshalb ist diese neuerdings wieder in verstärktem Maße zur Zielscheibe eines konzentrierten Angriffs geworden. Dabei steht fest, daß mit der Unabdingbarkeit der ganze Tarifvertrag fällt, denn was nicht es dem Arbeiter, wenn seine Gewerkschaft mit dem Arbeitgeber noch so hohe Tariftafeln vereinbart, aber keine allgemein bindende Verpflichtung besteht, daß diese auch gezahlt werden müssen. Ziele die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, so würde der Konkurrenzkampf um den Arbeitsplatz mit aller Schärfe entbrennen. Daß dabei die Löhne bis auf die Hälfte ihres heutigen Standes und noch tiefer sinken würden, mag hier nur erwähnt werden, denn in der hier angeführten Betrachtung kommt es nicht auf die Lohnhöhe, sondern auf die Folgen eines solchen Zustandes für die Würde des arbeitenden Menschen an.

Jeder Einsichtige weiß, daß die Arbeitslosigkeit kein persönliches Verschulden, sondern etwas Schicksalhaftes ist. Hieraus wird ja auch die moralische Verpflichtung zur Unterstützung der Erwerbslosen aus öffentlichen Mitteln hergeleitet. Beim Wegfall der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages würde hier eine andere Wertung Platz greifen. Dann könnte der einzelne Arbeiter erhalten, wenn er sich dem Arbeitgeber gegenüber verpflichtete, eben noch billiger zu arbeiten als sein Kamerad, der bereits im Betriebe steht. Freilich würde es auch dann noch lange nicht möglich sein, alle Arbeitslosen unterzubringen, aber der einzelne bliebe in den Augen der Öffentlichkeit mit dem Makel behaftet, er wolle nicht arbeiten, wobei nach dem jämmerlichen Tiefstand des Lohnes ebensowenig gefragt wird, wie nach der Verwerflichkeit seines Tuns, durch das er auch das Einkommen der anderen herunterdrückt.

Und gerade das müßte er tun, wenn seine Bewerbung Erfolg haben sollte. Er muß Solidaritätsbündel begeben, sonst bleibt er draußen. Gewiß würde der Arbeitnehmer eine so schändliche Tat ablehnen und lieber eine merkwürdige wie lange Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, wenn er in dieser Zeit wenigstens das zum Leben Notwendigste erhielte. Aber hier kommen wir auf den eingangs dieser Betrachtung geschilderten Sachverhalt zurück, daß sich der Kampf der Reaktion ja nicht nur gegen den Lohn, sondern auch gegen die Arbeitslosenunterstützung richtet. Ist diese gefallen oder so stark reduziert, daß sie nicht mehr ausreicht, das nackte Leben zu fristen, so steigert sich in demselben Maße, wie die Differenz zwischen ihr und dem noch so niedrigen Lohn wächst, der Zwang zum Solidaritätsbruch. Aber die ganze Arbeiterbewegung beruht auf dem Fundament der Solidarität! Wird dieses erschüttert, so trifft man den ideellen Kern der Gewerkschaft und damit ihren Lebensnerv.

Ein anderes kommt noch hinzu. Wer heute einen Arbeitsplatz befehlt, beruft sich auf die tarifvertraglichen Bedingungen. Es entfällt für ihn jeder Anlaß, dem Arbeitgeber gegenüber in Art und Form der Werbung mehr Entgegenkommen zu zeigen, als es unter charakterfesten Menschen üblich ist. Sieht er sich jedoch ganz in der Hand des ihm gegenüberstehenden Unternehmers oder seines Stellvertreters, und steht vor ihm das Bild des Hungers von ihm und seiner Familie, so wird dadurch der Charakterstärke eine besonders schwere Probe gestellt. Wir kennen tausendfach Fälle, wo die Arbeiter sich allergrößte Opfer in Kauf nahmen, ehe sie dem wirtschaftlich Starken gegenüber Charakterchwäche zeigten. Aber wir dürfen dabei die Erfahrung nicht unbeachtet lassen, daß der Mensch viel eher charakterfest bleiben kann, wenn seine materielle Existenz gesichert ist, als wenn das Gegenteil der Fall ist.

Fassen wir zusammen, so ergibt sich, daß der Kampf des Unternehmertums um die Beseitigung der tarifvertraglichen Unabdingbarkeit sehr viel mehr ist als ein Kampf um Lohnsenkung. Es ist das vielmehr ein Kampf gegen das Solidaritätsprinzip, auf dem die Arbeiterbewegung beruht, und es ist ein Kampf um die Menschenwürde der Arbeiterschaft. Deshalb gilt es, alle Kräfte aufzubieten zur Abwehr gegen diese Ziele der Reaktion.

Die Verkaufsgemeinschaft Sächsischer Granitbetriebe

Von dem kürzlich vollzogenen kartellartigen Zusammenschluß der sächsischen Granitbetriebe haben wir unseren Lesern bereits Kenntnis gegeben, und zwar zum erstenmal in der Nr. 44 des „Steinarbeiter“ durch die Wiedergabe einer Notiz aus dem „Vorwärts“. Nun wendet sich die Granit-Union G. m. b. H. — so nennt sich diese Verkaufsgemeinschaft mit dem Sitz in Dresden — in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ gegen dessen Behauptung, daß

- „1. nicht gleich zwei Syndizii wieder einträglige Beschäftigung gefunden haben,
2. Kommunen und Provinzen nicht ausgebeutet werden, sondern gegenwärtig zu Preisen kaufen, die unter den Selbstkosten liegen und die Zahlung auskömmlicher Löhne unmöglich machen.“

Wir nehmen von diesen Hinweisen gern Notiz. Den ersten müssen wir glauben nach den uns zur Kenntnis gebrachten Unterlagen über den Aufbau dieser Gründung, und den zweiten Hinweis können wir aus der beruflichen und der Verbandspraxis heraus nicht wiederlegen.

Bekannt ist uns auch aus der beruflichen Praxis, daß die Betriebsinhaber in den einzelnen Steinbruchbezirken gegeneinander leider eine schmachvolle Konkurrenz treiben, die einfach nicht mehr erträglich ist, die schließlich zum Ruin aller führen muß. Diese unerträgliche Preisunterbietung wird zum größten Teil auf dem Rücken der durch die Zeitverhältnisse schwer mitgenommenen Steinarbeiter ausgetragen in Form von miserablen Löhnen und ungeheurer Schinderei im Arbeitsprozeß. Und ebensowenig wie für den Arbeiter der Spruch gilt: „Arbeit für jeden Preis“, gilt dieser Spruch für die Betriebe, die im Beruf keine Eintagsfliegen darstellen. Denn Arbeitsaufträge, deren geldliches Ergebnis den Betrieben keine Weiterführung ermöglicht und die für die Arbeiter nur Hungerlöhne bringen, sind, menschlich und volkswirtschaftlich betrachtet, wirklich zwecklos. Wenn an diesen Zuständen — die beschämenderweise hier und da eingerissen sind und andere Betriebe ständig bedrohen — nun die Verkaufsgemeinschaft der sächsischen Granitbetriebe grundlegend etwas ändern kann, ja ernstlich will und dabei die Arbeiter nicht übersehen, dann werden die Lausitzer Graniter nebst ihrer Gewerkschaft sich über diese neue Verkaufsgemeinschaft nur freuen und ihren Bestrebungen den größten Erfolg wünschen können.

Doch ein „Aber“ müssen wir dennoch in diesem Zusammenhang anbringen, wodurch manchem verständlich wird, warum wir uns die Notiz des „Vorwärts“ in ihrer Grundtendenz zu eigen machten, unbekümmert darum, ob es diesen oder jenen verschmüßte.

In der Steinindustrie Deutschlands, soweit sie Wegebaustoffe auf den Markt bringt, bestehen bereits mehrere solcher Verkaufsgemeinschaften, sie nennen sich Unionen; so in Bonn für Rheinland-Westfalen, in Kassel für das dortige große Steinbruchgebiet, in Breslau für das schlesische Hartsteingebiet, in Leipzig für das Porphyrgelände Grimma-Wurzen. Neu hinzugekommen ist nun Dresden für die Lausitz. Anderwärts ist ähnliches in Vorbereitung.

Die in Bonn repräsentierte Basalt-Union (diese erste und größte, wurde, wenn wir nicht irren, bereits im Jahre 1927 gegründet), war das Vorbild für die anderen Nachahmer. Auch diese erste Union wuchs aus den unleidlichen Konkurrenzverhältnissen im Rheinland und in Westfalen heraus, nachdem erst Kampfpreise für Schotter und Kleinpflaster gegen Verbandsaußenleiter schon allerhand Unheil in der gesamten Industrie angerichtet hatten. Von diesem Unheil sind allerdings die Befürworter dieser ersten Gründung nicht freizusprechen. Es ist ja schon immer so gewesen in der gesamten Steinindustrie Deutschlands, daß gute Konjunktoren stets jeden Wettbewerb unterdrückten. Diese Andeutung möge genügen und uns ein weiteres Ausholen ersparen, wodurch ja an der gegenwärtigen erbärmlichen Berufslage nichts geändert werden könnte. Zumal die Vorgänge in Unternehmer- und Arbeiterkreisen nicht unbekannt sind.

Die erste Union in Bonn betrachtete als ihren Hauptzweck: in gemeinsamer offener Aussprache mit den Abnehmern der Wegebaustoffe in dem bereits genannten Gebiet, die Verkaufspreise festzusetzen und die bei ihr eingehenden Lieferungsanträge auf die ihr angeschlossenen Betriebe nach einem gewissen Schlüssel zu verteilen. Inwieweit nun diese damalige Hauptaufgabe heute noch erfüllt wird, entzieht sich allerdings unserer genauen Kenntnis; wir wissen nur, daß die Basalt-Union in Bonn den für die eingesehene Arbeiterchaft einzelner Orte so verhängnisvollen Weg der vollständigen Betriebsstilllegung beschritten hat. Technische Unvollkommenheit, also mindere Leistungsfähigkeit einzelner Betriebe, ist die Ursache. Infolge der allgemein üblichen Betriebsstilllegungspraxis der Unternehmer haben wir über das engere Wirken der Basalt-Union auf diesem Gebiet noch keine Uebersicht; die werden wir uns erst verschaffen können, wenn die beruflichen Verhältnisse klarer liegen. Aus neuerer Zeit wissen wir, daß eine Beratung unter den dort in Frage kommenden Firmen stattgefunden hat über die eventuelle Verlängerung der Basalt-Union, wobei der Öffentlichkeit noch mitgeteilt wurde, daß

„die Preise, obwohl man von den sonst üblichen Sommerabatten in diesem Jahre abgesehen hat, seit der geringfügigen Verringerung am 1. April d. J. keine weitere Ermäßigung erfahren haben.“

Diese Mitteilung, die durch den Handelsteil der Tagespresse ging, ist für uns doppelt wertvoll. Abgesehen davon, daß die Preisfrage für die Unternehmer in der Basalt-Union noch gut zu klappen scheint, steht aber die Preisbildung, soweit der Arbeiter mit seinem Lohn davon abhängt, auf einem ganz anderen Blatt. Man beachte: Am 20. Oktober d. J. waren also die Verkaufspreise noch dieselben wie im April nach dem vorstehend wiedergegebenen Eingeständnis der Unternehmer. Doch die Arbeiterlöhne wurden im Bereich der Basalt-Union um 8 Prozent mit sofortiger Wirkung am 20. Oktober gekürzt. Jedenfalls haben die betr. Unternehmer vor den Schlichtungsinstanzen Stein und Bein gejammert über den Rückgang der Preise, und nun schlagen sie sich mit ihren eigenen Verantwortlichkeiten um die eigenen Ohren. Dadurch wird die Auffassung der Arbeitervertreter, die den Lohnabbau als unberechtigt und unbegründet hingestellt haben, nur bestätigt.

Mancher Fikige wird nun fragen können, was denn die vorstehende Schilderung mit der neuen Union, die Dresden, zu tun habe? Wir glauben sagen zu können „sehr viel“. Die neue Gründung wurde vollzogen nach Auslassungen der Beteiligten „in Anlehnung an bereits bestehende Unionen, im Westen“ usw. Das soll wohl heißen, außer der Anlehnung an deren geschäftliche Gepflogenheiten, auch an deren Taktik und Methoden gegenüber dem Arbeiterlohn. Gewiß, die Unionen haben als solche mit den Steinarbeitern noch nie über Lohn- und andere Fragen des Arbeitsverhältnisses verhandelt, das ist schon richtig! Aber man übersehe nicht, daß der Unternehmerverband in den Unions-Bezirken die gleichen Personen wie die Union aufzeigt und bei Lohnverhandlungen die

Verkaufsinteressen der Union eine allerdings nicht verlaubliche, aber dennoch maßgebende Rolle spielen.

Nach unserer Meinung müßten solche Verkaufsgemeinschaften, die als Erzeuger sich mit den Abnehmern über „angemessene“ Preise unterhalten und einigen wollen, in erster Linie aufrichtige Befürworter von solchen Tarifverträgen mit den Arbeitern sein die dem Arbeiter auch die Luft in jeder Beziehung gönnen. Diese Verkaufsgemeinschaften müßten sogar in erster Linie Befürworter von Reichsmantelverträgen sein, die in allen Steinbruchs-Konkurrenzgebieten generelle Bestimmungen vorsehen über Urlaub, Werkzeug, Arbeitszeit, Betriebsaufmachung, Grundlagen für Affordarbeit usw., während die Entlohnung dem eigenen Bezirk vorbehalten bleiben kann. Eine solche Auffassung ist eigentlich die Voraussetzung der Verkaufsgemeinschaften, genannt Unionen. Doch wie jämmerlich und unlogisch sieht es damit in Wirklichkeit aus? Beim näheren Hinsehen auf die Namen fast aller Träger dieser jetzt bestehenden Unionen und ihrer Befürworter entdecken wir dem Steinarbeiterverbande recht bekannte Unternehmer, und zwar solche,

die den über 10 Jahre bestandenen Reichsarbeitsvertrag für die Pflasterstein- und Schotterindustrie bedenkenlos mit zerschlagen haben.

Ja, wir entdecken sogar solche darunter, die, um auch den Abschluß von Bezirksstaris mit den Arbeitern zu umgehen, kurzerhand aus ihrem Unternehmerverband austraten. Dadurch kann schon die Vermutung aufkommen, daß diese Unionen als heimlicher Organisationsersatz der Unternehmer in Frage kommen. Das ist bis zu einem bestimmten Grade sicherlich Angelegenheit des Unternehmerverbandes, in die wir uns nicht hineinmischen können; nur wenn man glaubt, mit dieser Taktik die Steinarbeiter in ihren Lohnansprüchen gänzlich schwach machen zu können, dann dürfte das eine Selbsttäuschung der betreffenden Unternehmer sein, über die noch manches zu sagen sein wird.

Auf Grund dieser nur kurz skizzierten Erfahrungen aus unserem Berufs- und Verbandsleben ist es wohl zu verstehen, daß wir keine Vorschlößeshymnen über die neue Union in Dresden anstimmen können. Dennoch wünschen wir im Hinblick auf die Lebenshaltung unserer Kollegen und Verbandsmitglieder in der gegenseitigen Preisunterbietung der Lausitzer Granitbetriebe eine gewisse Ordnung, wir wünschen das natürlich auch anderwärts, besonders in Bayern, wo es hauptsächlich in der Oberpfalz sehr böse mit der gegenseitigen schamlosen Konkurrenz aussieht.

Hitler gegen die Gewerkschaften

Die großen finanziellen Zuwendungen aus dem Unternehmerlager an die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ erfolgen nicht ohne Gegenleistungen. Das Unternehmertum hat auf Hitler die Hoffnung gesetzt, daß er die Gewerkschaften zerschlagen und das Tarifwesen und die sozialen Einrichtungen beseitigen wird. Aus diesen Gründen finanzieren sie die Hitlerbewegung. Wie stark das Vertrauen der Unternehmer zu Hitler ist, geht aus folgender Erklärung des Zentralorgans der sächsischen Gewerkschaften „Der Deutsche“ hervor: „Wir erfahren aus bester Quelle, daß Hitler der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erneut versichert haben soll, daß er gegen Tarifvertrag und Gewerkschaften ist. Diese Erklärung Hitlers sei erneut verlangt worden, da die Industrie befürchtet habe, daß Hitler seine früheren in gleicher Richtung gehenden Erklärungen nicht aufrechterhalten könne.“

Auf Grund dieser Feststellungen richtet „Der Deutsche“ an Hitler folgende Fragen: „1. Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind? 2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Harz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen? 3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen läßt?“

„Der Deutsche“ wird auf eine Antwort lange warten können. Auf solche und ähnliche Fragen hat der staatenlose Hitler noch nie eine Antwort gegeben. Was soll er auch darauf antworten? Sagt er die Wahrheit, daß seine Partei im Solde des sozialreaktionären Unternehmertums steht, dann laufen ihm die Arbeiter fort. Lügt er aber, daß er den Unternehmern die von „Der Deutsche“ festgestellten Zusicherungen nicht gemacht hat, dann lassen ihn die Unternehmer fallen. Das eine wie das andere würde den Zusammenbruch der mit Schwindel aufgepöppelten und mit Schwindel zusammengehaltene Partei bedeuten. Daher schweigt Hitler. Er schweigt auch, wenn man solche Fragen mit größlichen und strafbaren Beleidigungen verbindet. Und das will schon was heißen.

Doch will sich der „Der Deutsche“ mit der Schweigetaktik Hitlers diesmal nicht zufrieden geben. Er verlangt erneut Aufklärung über Hitlers Versprechungen der Industrie gegenüber. Am 28. Oktober schreibt „Der Deutsche“: Eine Beantwortung unserer Fragen durch Hitler selbst ist auch schon aus dem Grunde notwendig, weil Hitler, ganz abgesehen von der Harzburger Tagung, wiederholt im engsten Kreise der Arbeitgeber Vorträge gehalten hat. Der Umstand, daß er bisher nicht das Bedürfnis hatte, im Kreise der Gewerkschaftsführer über seine Ziele zu sprechen, lichtet nicht den dunklen Verdacht, der jedesmal dann auftauchte, wenn bekannt wurde, daß Hitler mit der Schwerindustrie Fühlung suchte. Deshalb unsere Fragen an Hitler. Sie sind mit größtem Ernst in einen Augenblick gestellt worden, als uns von ganz zuverlässiger Seite berichtet wurde, daß Hitler erneut auf Verlangen der Schwerindustrie versichert haben soll, daß er seine Partei gegen Tarifvertrag und Gewerkschaften ansetzen werde.

Den nationalsozialistischen Unternehmern werden diese Fragen an ihren „Führer“ sehr un bequem sein. Sie müssen aber gestellt werden, um die Doppelrolle, die Hitler spielt, in aller Deutlichkeit klarzumachen. Dem Kenner der Dinge wird damit allerdings nichts Neues gesagt, denn, daß Hitler sich in finanzieller Abhängigkeit vom Unternehmertum befindet, ist bereits durch viele Tatsachen erhärtet worden.

En.

Verhärfung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge

Je länger die gegenwärtige Krise anhält, desto schneller scheinen die Verschlechterungen für die Opfer der Krise Maß zu greifen. Bereits in Nr. 43 vom 24. Oktober des „Steinarbeiter“ teilten wir u. a. mit, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung der durch die Notverordnung vom 5. 6. d. J. auferlegten Pflicht ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, dahingehend nachkam, indem sie die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 und für die Saisonberufe von 20 auf 16 Wochen herabsetzte. Erfreulicherweise konnten wir damals mitteilen, daß vom Reichsarbeitsministerium angeordnet sei, daß die 6 bzw. 4 Wochen Unterstühtungsausfall durch Verlängerung der Bezugsdauer der Krisenunterstützung um die gleiche Dauer einen teilweisen Ausgleich bringe. Die Verlängerung der Krisenunterstützung brachte natürlich erhöhte Ausgaben für den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums und der Gemeinden mit sich. Bekanntlich deckt ersteres 80 Prozent und die Gemeinden 20 Prozent der Ausgaben für die Krisenunterstützungsempfänger.

Diese Vermehrung der Ausgaben versucht nun das R.A.M. in der Weise zu verringern, indem es eine neue Verordnung über die Krisenunterstützung mit verschärfter Bedürftigkeitsprüfung in Nr. 30 des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht. Mit dieser Verordnung, die am 9. November in Kraft getreten ist und auf laufende Unterstühtungsfälle ab 4. Januar 1932 Anwendung findet, tritt die Verordnung vom 12. 11. 1930 außer Kraft.

Artikel 1 der neuen Verordnung, der gegenüber der früheren Verordnung eine Änderung bringt, lautet:

„Eigenes Einkommen des Arbeitslosen ist voll anzuzurechnen, soweit es in einer Kalenderwoche 20 Prozent des Betrages übersteigt, den der Arbeitslose in dieser Kalenderwoche einschl. der Familienzuschläge nach Artikel 2 erhalten würde. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes kann für den Teil des Einkommens, der nach Satz 1 unberücksichtigt bleibt, bei Angehörigen bestimmter Berufe bindende Durchschnittssätze festsetzen. Auch das Einkommen von Angehörigen ist dem Arbeitslosen anzuzurechnen. Dabei ist jedoch ein Betrag freizulassen, der den persönlichen und örtlichen Verhältnissen entspricht, aber 20 Mark in der Kalenderwoche nicht übersteigen darf. Der Betrag ist für jede Person zu erhöhen, die der Angehörige auf Grund einer rechtlichen oder sittlichen Pflicht ganz oder überwiegend unterhält, wobei jedoch der Arbeitslose selbst ausscheidet. Auch bei der Erhöhung sind die persönlichen und örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen; sie darf 10 Mark in der Kalenderwoche für eine Person nicht übersteigen.“

Damit ist angeordnet, daß die bis dahin allgemein zugrunde gelegte Sätze bei der Bedürftigkeitsprüfung in Zukunft nunmehr als Höchstätze gelten. Den einzelnen Arbeitsämtern obliegt die Pflicht für ihren Geltungsbereich je nach der Struktur Sätze unter den vorgenannten festzusetzen.

Eine weitere Verschärfung gegenüber dem früheren Zustand bringt noch der Artikel 7, Abs. 1 der Verordnung.

„Auch wenn nach Artikel 2—6 eine Unterstützung zu gewähren wäre, ist sie ganz oder teilweise zu verweigern, soweit die persönlichen Verhältnisse des Arbeitslosen die Annahme rechtfertigen, daß er einer Unterstützung nicht bedarf. Die Unterstützung ist auch zu verweigern, soweit die besonderen Lebensverhältnisse des Unterstühtungsortes dies rechtfertigen; in diesem Falle darf die Unterstützung jedoch nicht hinter dem Betrage zurückbleiben, den der Arbeitslose in der öffentlichen Fürsorge zu erhalten hätte.“

Laut dieser Bestimmung sind die Arbeitsämter verpflichtet, die Prüfung der Bedürftigkeit ähnlich der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinden beim Bezuge von Wohlfahrtsunterstützung vorzunehmen. Abgesehen davon, daß die Verordnung für viele Arbeitslosen Verschlechterungen bringt, ist auch der Willkür der Verwaltungsausschüsse der einzelnen Arbeitsämter bei Prüfung der Bedürftigkeit der Krisenunterstützungsempfänger Tür und Tor geöffnet. Außerdem vermehrt diese Verordnung die zu dieser Frage bereits schon bestehende Rechtsunsicherheit. Die in dem vergangenen Jahre die Arbeitslosen betreffenden Verordnungen und Erlasse sind so umfangreich, daß sich heute kaum noch Beamte der Arbeitsämter hindurchfinden. Wenn dieses für die Fachbearbeiter bereits feststeht, so ist es kaum möglich, daß der einzelne Arbeitslose imstande ist, die ihm zustehenden Rechte geltend zu machen.

Nochmals: „Aktive Währungspolitik“

Als ich den Artikel „Aktive Währungspolitik“ in der Nr. 38 des „Steinarbeiter“ schrieb, hatte ich nicht geglaubt, mich nochmals wiederholen zu müssen. Das scheint allerdings doch noch notwendig zu sein, da Kollege Sarholz in seinem Artikel „Goldstandard“ glaubt, daß ich Ursache und Folgen verwechsle. Die Erkenntnis, daß fallende Preise die Ursache aller Wirtschaftskrisen sind, wird heute von allen Währungstheoretikern anerkannt. Fallende Preise sind aber doch dasselbe, wie steigende Kaufkraft des Geldes. Wir erlebten in den Jahren 1924 bis 1928 gewaltige Betriebsverbesserungen, die ein vermehrtes Warenangebot zur Folge haben mußten. Anstatt nun, entsprechend der Qualitätstheorie, dem größeren Warenangebot eine größere Geldmenge gegenüberzustellen, mußten wir seit Ende 1928 erleben, daß die Geldmenge dauernd verringert wurde. Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich beziffert die eingezogene Geldmenge in seiner Anti-Schacht-Rede auf 2,1 Milliarden Mark, bei einer vorher vor-

handenen Menge von 6,7 Milliarden. Die Statistik weist darum auch seit Ende 1928 einen sinkenden Preisindex nach. Die große angekündigte und leider nicht erfolgte Preisabbaution vom Winter 1929/30 bis Frühjahr 1931 mußte natürlich eine noch größere Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit zur Folge haben, als durch den Geldentzug aus der Wirtschaft schon gegeben war. Denn wenn man erwartet, daß alles billiger wird, zögert jeder mit gerade nicht dringlichen Einkäufen. Kein Kaufmann oder Fabrikant wird seine Lager füllen, da er ja nicht weiß, ob er die Ware mit Vorteil oder Verlust absetzen wird. Das Ergebnis der Preisabbaution, die ja die große Befreiung bringen sollte, war denn auch ein Anschwollen der Erwerbslosenziffer von zwei Millionen bei Beginn auf fast fünf Millionen am Anfang dieses Jahres. Das redet doch wohl eine deutliche Sprache. Kreditrestriktion und Diskonterhöhung mußten weiter in dieser Richtung wirken. Wenn darum Brüning in seiner Rede darauf hinweist, daß derartige Maßnahmen Veranlassung geben, mit Kaufen zu zögern, so ist das doch durchaus ein Hinweis auf die Ursachen der Krise, denn wo nichts gekauft wird, braucht auch nichts produziert zu werden. Die Sparmaßnahmen der Regierung haben damit nichts zu tun, denn das sind Finanzfragen, keine Währungsfragen, trotzdem deren Lösung bei der Krise auch immer schwieriger wird. Ich hatte allerdings nicht geglaubt, daß man im Zusammenhang mit meinem Artikel die Rede Brünnings so auslegen könnte, sonst wäre ich ausführlicher darauf eingegangen.

Wenn nun Kollege S. glaubt, daß das Gold seine Eignung als Wertmesser erst jetzt verloren hat, so scheint er in Währungsfragen wenig bewandert zu sein, sonst müßte er wissen, daß Gold noch nie ein geeigneter Preismesser war. (Ich gebrauche nicht das Wort „Wertmesser“, denn jeder Wert ist relativ, daher objektiv nicht meßbar. Im Wirtschaftsleben wird das Kaufverhältnis der Waren unter sich gemessen, dessen Ausdruck ist der Preis.) Nach Dr. Irving Fisher schwankte die Kaufkraft des Golddollars in der Zeit von 1860 bis 1927 abwechselnd zwischen 40 bis 150

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Cent, das Jahr 1913 mit 100 Cent zugrunde gelegt. Natürlich wird es sich um Großhandelspreise handeln, da der Großhandelsindex am empfindlichsten reagiert. In diesen Zahlen kommt ganz klar zum Ausdruck, welche ungeheuren Preisrückwärtigkeiten der Markt bisher ausgelebt hat, und daraus ergibt sich dann auch die Ursache aller früheren Krisen. Hieraus ergibt sich aber auch ganz von selbst die Forderung nach einer Währung, die verhältnismäßig gleichbleibende Preise garantiert.

Eine Währung auf Goldstandard ohne Deckung ist sehr wohl denkbar, kann aber niemals den gewöhnlichen Zweck erfüllen, denn soll der Geldpreis stets mit dem Goldpreis gleichbleiben, und das ist doch wohl der Sinn des Wortes „Goldstandard“, dann hat sich die Geldmenge nach der auf dem Markte befindliche Goldmenge zu richten, d. h. sinkt das Angebot von Gold, so daß sein Preis steigt, so muß auch die Geldmenge bzw. der Umlauf verringert werden, steigt das Angebot von Gold, so sinkt der Preis, und es müßte das Geld vermehrt werden. Wir hätten dann faktisch genau dasselbe wie heute, alles andere, nur keine Preisstabilität. Wenn Kollege S. hinterher sagt, daß bei Aufhebung der Goldwährung das Gold nur den Preis erzielen würde, der ihm nach dem Werte seiner praktischen Verwendungsmöglichkeit zukäme, dann würde ja auch ein daran gefesselter Geldpreis diese Preisentwicklung mitmachen müssen, mit anderen Worten, es gäbe eine Inflation. (Praktisch ist allerdings die Goldwährung bei fast allen Staaten längst aufgehoben. Die heutige Währungsform heißt eigentlich Goldwährung.) Dasselbe gilt natürlich für alle sogenannten „Standardwerte“, auf denen man Währungen aufbauen will.

Die einzige vernünftige Basis ist der Warendurchschnittspreis, wie er heute wöchentlich vom Statistischen Amt errechnet wird. Jetzt muß man allerdings umgekehrt verfahren, sinkt der Index, so muß die Geldmenge vergrößert werden, steigt der Index, so muß die Geldmenge vermindert werden, nur so kann ein verhältnismäßig gleichbleibender Durchschnittspreis erreicht werden, der Geldpreis ist immer gleich dem Warendurchschnittspreis, und das nennt man Indexwährung. Selbstverständlich eignen sich nur die Großhandelspreise zu einer derartigen „aktiven Währungspolitik“. Die neuesten Nachrichten aus Schweden lassen vermuten, daß Dr. Cassel die schwedische Währung in dieser Weise aufbauen will, von den Engländern weiß man es noch nicht.

Daß eine derartige Währung zur Autarkie führen müsse, wie man von vielen Seiten glaubhaft zu machen sucht, ist leicht widerlegt mit einem Hinweis auf die Zeit nach dem Kriege und der Rentenmark. Solange unsere Inflationsmark keine Währungsprinzipie machte, haben wir nichts davon gemerkt, daß wir mit dem Ausland nicht handeln könnten. Die Verschiedenheit der Währungen ist kein Hindernis für den internationalen Handel, erst recht nicht, wenn man weiß, daß man zu allen Zeiten mit einer bestimmten Menge des Geldes auch eine gleiche Warenmenge erhält. Der Wechselkurs (Valuta) muß sich stets wieder auf die natürliche

Kaufkraft des Geldes (d. h. Inlandskaufkraft) einstellen, bei Wändern mit gleicher Währung könnte eine Valutaassoziation stets gleichbleibenden Wechselkurs schaffen. Ich glaube im übrigen, im vorigen Artikel darauf hingewiesen zu haben, daß die Goldwährung durch Errichtung von Zollmauern die Völker dazu zwingt, sich von einander abzuschließen, und das ist doch wohl Autarkie. Ich bin der Ansicht, daß dies nur möglich ist unter Aufgabe des heutigen Kulturniveaus.

Wenn wir nun darauf warten sollen, bis die Kapitalisten die Währung grundsätzlich ändern, dann können wir lange warten. Wie nützlich so eine Krise für diese Leute sein kann, erleben wir doch heute. Eine einzige Krise beseitigt alle Erregenschaften jahrzehntelanger Sozialpolitik und beseitigt alle Regierungen, auf die die Arbeiterschaft durch ihre Parteien Einfluß haben könnte. (Reinigungsstrie.) Soll das dauernd so weitergehen? Sollen wir, wie Kollege S. meint, warten, bis aus der kapitalistischen Wirtschaft eine Währungsänderung notwendig wird? Ich sage: Nein! Bringen uns die Kapitalisten eine andere Währung (man beschäftigt sich zur Zeit ja bei der W.F.Z. in Basel mit dem Währungsproblem), so wird diese alle Merkmale der Gold- bzw. Goldwährung haben. Karl Marx sagt in seinem Manifest: „Die Befreiung des Proletariats muß das Werk des Proletariats selbst sein.“ Das bedeutet für mich, daß alle Maßnahmen erkannt und gefördert werden, die geeignet sind, die Befreiung weiterzutreiben. Die Wichtigkeit gerade dieser Frage scheint man in der englischen Labour Party und der Schweizer Sozialdemokratie erkannt zu haben, denn beide Parteien haben die Forderung nach Preisstabilität in ihr Programm aufgenommen. Auch in der deutschen Sozialdemokratie scheint die Erkenntnis immer weiter Fuß zu fassen, denn wie ich erfahren habe, sind bereits Anträge in dieser Richtung von mehreren Parteiverbänden eingegangen.

Wie notwendig es wäre, in der Wirtschaftswissenschaft die Begriffe einmal gründlich zu klären, scheint mir folgender Satz des Kollegen S. zu beweisen: „Kapitalmangel, dieser Begriff, der die Voraussetzung verneint, um das Kapital „Arbeit“ in Betrieb zu setzen, ist nichts Greifbares.“ Wenn man dieselben Worte für alle möglichen Begriffe braucht, wenn man für einzelne Begriffe in der Wissenschaft alle möglichen Worte gebrauchen darf, wie es auf diesem Gebiet allgemein geschieht, dann ist es nicht verwunderlich, wenn man sich zuletzt nicht mehr auskennt. Bei allen Wissensgebieten hat man für bestimmte Worte auch bestimmte Begriffe, nur in der Nationalökonomie herrscht richtige babylonische Sprachverwirrung. Kapital, das sind doch auch Fabriken, Maschinen, Steinbrüche, Arbeitskraft usw., und daran mangelt es anscheinend nicht, denn sie stehen leer und müßig. Was der Wirtschaft fehlt, ist Geld, und zwar umlaufendes Geld, was noch lange nicht immer Kapital ist. Es wird von vielen Wirtschaftlern behauptet, daß die vorhandene Geldmenge ausreichen müsse, um die Wirtschaft in Gang zu bringen. Dazu ist aber notwendig, daß es umläuft, vom Fabrikant zum Arbeiter, zum Bäcker, zum Metzger, zur Bank usw. So bald der Strom an einer Stelle unterbrochen wird, setzt Stodung ein. Ein Hundertmarkschein, der vierzigmal seinen Besitzer im Jahre wechselt, tätigt einen Warenumschlag von 4000 Mark = der Lohnsumme von zwei gutbezahlten Arbeitern. Wenn also Unruhen, politische und wirtschaftliche Unsicherheit Veranlassung geben, aus Angst vor der nächsten Zukunft Geld zurückzubehalten, wenn ferner Finanziers der Wirtschaft Geld entziehen, um in Baillie spekulieren zu können, so wird an einer Stelle der Strom unterbrochen und es klappt nicht mehr. Reichsfinanzminister Dietrich schätzt die gehaltene Geldmenge auf etwa 0,9 Milliarden Mark. Hier harzt m. E. allen Währungsfachleuten die große Aufgabe: Wie befreien wir den Geldumlauf von allen Einflüssen psychologischer Natur? Hat man die Frage gelöst, dann dürfte das Geld nicht mehr, wie heute, das Primäre der Wirtschaft sein, sondern der Mensch, der ja das Maß aller Dinge sein soll. Die Befreiung des Proletariats wäre zur Hälfte gelüht. F r i z P a d m o h r

Die Flucht vor der Kontrolle

Die von der deutschen Regierung durch Notverordnung eingeführte Aktienrechtsreform ist selbst in der zähen Abfassung verschiedenen Unternehmern in die Glieder gefahren. Die Aufnahme war deshalb sehr verschiedenartig. Als Antwort darauf hat sich bereits eine „Schutzgemeinschaft von Aktiengesellschaften mit geringer Aktionärzahl“ gegründet. In dieser famosen Schutzgemeinschaft haben sich Familienaktiengesellschaften und solche, die wenigen Personen (Generaldirektoren usw.) gehören, zusammengefunden. Es sind nicht etwa nur kleine Unternehmungen, sondern es befinden sich in der Mitgliederliste dieser Vereinigung auch bedeutende Gesellschaften. Wir nennen die Aktiengesellschaft für Kohlenäure-Industrie, die Braunkohlen- und Brikettwerke „Berggeist“ AG, die Aktiengesellschaft für Industrieorganisation und Verwaltung u. a. Diese Schutzgemeinschaft hat gedroht, daß ihre Mitglieder die Form der Aktiengesellschaft aufgeben wollen, wenn die geplanten Kontrollmaßnahmen ihnen unannehmbar würden. Wir sehen hier eine ausgeprobenere Organisationsgründung gegen die gesetzlichen Kontrollmaßnahmen von Gesellschaftsunternehmungen. Einige Beispiele, daß man ernst zu machen gedenkt, sind bereits zu verzeichnen. Die Reemtsma-AG, die große Zigarettenfabrik, hat sich bereits vorher in eine G. m. b. H. verwandelt. Jetzt ist die Gesellschaft Roth-Büchner AG diesem Beispiel gefolgt. Man kann diese Flucht aus der Aktiengesellschaft als eine Angst vor der Kontrolle und als eine Gegenmaßnahme gegen die verordnete Aktienrechtsreform bezeichnen. Die Unternehmer lassen dadurch deutlich erkennen, daß sie eine Kontrolle durch öffentliche Organe nicht wollen und sie vielleicht für fürchten haben. Von einem guten Gewissen spricht das zweifelloste nicht. Dies soll uns aber nicht abhalten, weiter auf eine Durchleuchtung der Wirtschaft zu dringen.

Die Gewerkschaften der Steinarbeiter in Nordamerika

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika reichen weiter als ein Jahrhundert zurück. Die ersten Zentralverbände, die noch heute bestehen, wurden vor etwa 70 bis 80 Jahren gegründet. Im Laufe der Zeit haben sich die Organisationen, den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Wirtschaftszweige entsprechend, in mannigfaltiger Weise entwickelt, im allgemeinen aber ist der Berufsverband die vorherrschende Organisationsform geblieben. Daneben bestehen nur wenige Industrieverbände, wie jene der Bergarbeiter, der Getränkearbeiter und der Bekleidungsarbeiter. Die Ortsvereine, aus denen sich die Verbände aufbauen, besaßen ursprünglich eine sehr weitgehende Selbstverwaltung. Manche Verbände sind noch heute fast dezentralisiert, in den meisten Fällen aber sind die Befugnisse der Ortsvereine im Laufe der Zeit stark eingeschränkt und jene der Verbandszentralen entsprechend erweitert worden.

Von den 150 Verbänden, die gegenwärtig bestehen, gehören 107 der gewerkschaftlichen Landeszentrale der American Federation of Labor an. Die Mehrzahl der Verbände erstreckt ihre Tätigkeit auf die Vereinigten Staaten und Kanada. Einige wenige Verbände haben Ortsvereine auch in Neufundland, in Mexiko, in der Panamakanalzone und auf den hawaiischen Inseln. Die Verbände, deren örtlicher Zuständigkeitsbereich über die Vereinigten Staaten hinausgreift, bezeichnen sich gewöhnlich als „internationale“ Verbände.

Die Steinarbeiter verfügen über keine einheitliche gewerkschaftliche Organisation, sondern es bestehen fünf Verbände für bestimmte Berufsgruppen, und zwar:

Der internationale Verband der Granitarbeiter (Granite Cutters' International Association of America), gegründet 1877, Mitgliederzahl 8500.

Der internationale Verband der Marmor-, Stein- und Schieferpolierer, Schleifer, Säger usw. (International Association of Marble, Stone and Slate Polishers, Rubbers and Sawyers etc.), gegründet 1901, Mitgliederzahl 4500.

Der Steinhauerverband (Journemen Stone Cutters' Association), gegründet 1887, Mitgliederzahl 5100.

Der Verband der Pflastersteinhauer (International Paving Cutters' Union), gegründet 1901, Mitgliederzahl 2400.

Der Verband der Steinbrucharbeiter (Quarry Workers' International Union), gegründet 1903, Mitgliederzahl 4000.

Die einzelnen Verbände sind bestrebt, ihren beruflichen Wirkungsbereich möglichst scharf abzugrenzen. Sie führen in ihren Satzungen alle jene Berufsgruppen an, die ihnen zugehören sollen. Dennoch kommen Grenzstreitigkeiten häufig vor.

Die Satzung der Granitarbeiter bezeichnet als Aufgaben des Verbandes: „Die Förderung der Berufslehre und eines höheren Standards der Berufsbildung; die Pflege der Freundschaft unter den Berufskollegen; die gegenseitige Hilfe bei der Arbeitsuche; die Vertützung der Arbeitszeit; die Abschaffung der Stückarbeit; die Sicherung zureichender Entlohnung; Beistand in Sterbefällen und Unterstützung invalider Mitglieder; die sittliche, geistige und soziale Hebung der Mitglieder und die Besserung des Gewerbes.“

In ähnlicher Weise ist auch der Zweck der anderen Organisationen der Steinarbeiter umschrieben. In der Satzung des Verbandes der Pflastersteinhauer wird die Verschmelzung aller Gewerkschaften der Steinarbeiter als zu erstrebendes Ziel bezeichnet.

Die Verbandsleitung besteht gewöhnlich aus einem Vorsitzenden und einem aus Vertretern der verschiedenen Bezirke oder Berufe gebildeten Verwaltungsrat. Einige Verbände haben auch einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen Generalsekretär angestellt.

Die Granitarbeiter und Steinbrucharbeiter hatten Verbands-tage nur ab, wenn ein solches Begehren von den Mitgliedern in Urabstimmung angenommen wird. Bei den Marmor-, Stein- und Schieferpolierern usw. finden Verbandstage alle zwei Jahre statt, beim Steinhauerverband alle drei Jahre. Bei den Pflastersteinhauern gibt es einen Verbandstag überhaupt nicht. Urabstimmungen werden bei vier Verbänden vorgenommen; nur die Steinhauer machen von dem Verfahren der Befragung der Mitgliedschaft nicht Gebrauch.

Eigene Verbandsorgane besitzen die Granitarbeiter (The Granite Cutters' Journal), die Steinhauer (The Stone Cutters' Journal), die Pflastersteinhauer (Union Journal) und die Steinbrucharbeiter (Quarry Workers' Journal).

Außer der Unterstützung bei Arbeitskämpfen wird von vier Verbänden nur noch Unterstützung beim Ableben gezahlt; die Marmor-, Stein- und Schieferpolierer haben überhaupt keine zentralisierte Unterstützungseinrichtung.

Die gewerkschaftlichen Methoden sind in Amerika im großen und ganzen dieselben wie in Europa. Die Kollektivverhandlung mit den Unternehmern ist allgemein üblich, ebenso werden als äußerste Druckmittel der Streik und Boykott von allen Organisationen angewendet. Bei manchen amerikanischen Gewerkschaften gilt die Regel, die Beschäftigung ihrer Mitglieder nur in solchen Betrieben zu gestatten, deren Inhaber die gewerkschaftlichen Grundsätze anerkannt haben. Diese Betriebe werden „Union Shops“ genannt.

In politischer Beziehung sind die amerikanischen Gewerkschaften auf absolute Neutralität eingestellt. Seit vielen Jahren wird der Grundsatz befolgt, keine politische Partei als solche zu unterstützen, wohl aber jene Kandidaten für gesetzgebende Körperschaften und jene bereits gewählten Parlamentsmitglieder, die sich zugunsten bestimmter Forderungen der Gewerkschaften verpflichten. Ueber den Wert dieser Taktik kann man verschiedener Meinung sein. Tatsache ist jedenfalls, daß in den Vereinigten Staaten große sozialpolitische Errungenschaften nicht zu verzeichnen sind. S. F.

Bekanntmachung

Im Einvernehmen mit dem Verbandsauschuß wird das Statut § 5 Abs. 1, 10 und 29 dahingehend abgeändert, daß nicht mehr wie bisher der Durchschnittsbeitrag der letzten 13 vor Eintritt des Unterfallens geleisteten vollen Hauptkassenbeiträge zur Berechnung der Unterfallenshöhe zugrunde gelegt wird, sondern der Durchschnittsbeitrag der letzten 60 vollen Hauptkassenbeiträge.

Hierdurch erhalten jene Unterstützungsempfänger, die in letzter Zeit, entsprechend der eingetretenen Lohnsenkung niedrigere Beiträge entrichtet haben, eine höhere Unterstützung, weil die früheren höheren Beiträge mit zur Berechnung herangezogen werden. Anders verhält es sich mit Unterstützungsempfängern, die in Erwartung einer Unterstützung nur in letzter Zeit höhere Beiträge entrichtet haben, um einen entsprechenden höheren Unterstützungssatz zu beziehen, der aber mit ihrem Gesamtbeitragsaufkommen in Widerspruch steht.

Es soll also durch die Neuerung ein gerechter Ausgleich zwischen den Leistungen der Mitglieder und den Gegenleistungen des Verbandes geschaffen werden.

Die Neuerung tritt sofort in Kraft. Es ist also in allen neuen Unterfallensfällen der Durchschnittsbeitrag der letzten 60 vollen Hauptkassenbeiträge für die Unterfallenshöhe maßgebend. Die laufenden Unterstützungen wurden durch die Neuerung nicht berührt.

Der Verbandsvorstand.

Wirtschaftliche Schlussfolgerungen aus den Berichten der Steinbruchberufsgenossenschaft

Mit großer Spannung sehen wir alljährlich dem Erscheinen des Berichtes der Steinbruchberufsgenossenschaft entgegen. Gibt er doch nicht nur vom Standpunkt der Unfallvergütung und -verhütung ein Spiegelbild der Verhältnisse, sondern ungewollt auch bis zu einem gewissen Grade von den wirtschaftlichen Verhältnissen. Hierauf wurde auch schon in der ausführlichen redaktionellen Besprechung des Jahresberichts 1930 der Steinbruchberufsgenossenschaft in Nr. 44 und 45 des „Steinarbeiter“ Bezug genommen, während die nachstehenden Darlegungen, gestützt auf den Bericht, ausschließlich dem wirtschaftlichen Zweck gewidmet sein sollen.

Zunächst folgende Gegenüberstellung:

	1928	1929	1930
Zahl der versicherten Betriebe	10 699	10 639	10 365
Von 100 Betrieben ruhten	14,6	16,3	17,8
Während des Jahres versicherte Arbeiter	339 749	310 878	234 415
Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen gerechnet	170 796	157 144	121 265
Auf einen Betrieb entfallen Vollarbeiter	15,96	14,8	11,7
Durchschnittlicher Jahresverdienst eines Vollarbeiters	RM 2 103	RM 2 233	RM 2 223
Gemeldete Unfälle	33 140	31 716	21 859
Erstmalig entschädigte Unfälle	2 482	2 338	2 173
Gesamtbeitrag der Unfallentschädigungen in Reichsmark	6 873 939	7 341 252	7 634 880
Auf 1000 RM Lohnsumme entfielen Beiträge	RM 23,38	RM 25,57	RM 31,56

Ein Vergleich der Jahresergebnisse zeigt:

1. eine Abnahme der Betriebe seit 1928 um 3,2 Prozent,
2. eine Zunahme der ruhenden Betriebe seit 1928 um 21,9 Proz.,
3. eine Abnahme der versicherten Arbeiter seit 1928 um 31,1 Prozent,
4. eine Abnahme der Vollarbeiter seit 1928 um 29,1 Prozent,
5. ein Sinken des durchschnittlichen Jahresverdienstes eines Vollarbeiters seit 1929 um 0,5 Prozent,
6. eine Abnahme der gemeldeten Unfälle seit 1928 um 34,1 Proz.,
7. eine Abnahme der erstmalig entschädigten Unfälle seit 1928 um 12,5 Prozent,
8. eine Steigerung des Gesamtbeitrages der Unfallentschädigungen seit 1928 um 11,8 Prozent,
9. eine Steigerung des Beitrages seit 1928 um 35,0 Prozent.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun aus diesen Feststellungen herleiten?

Zu 1. Die Abnahme der Betriebe (3,2 Prozent) muß in Anbetracht der im Jahre 1930 doch schon recht stark in Erscheinung tretenden Krise als sehr gering angesehen werden, besonders deshalb, weil die Zahl der Betriebe von 1924 bis 1928 von 8948 auf 10 699, also um 17,5 = 19,6 Prozent gestiegen war. Viele Millionen Mark wurden in der Steinindustrie investiert, zur Vermehrung und Erweiterung der Betriebe, zur Steigerung der Kapazität. Die Nachfrage nach feinsten feinsten Erzeugnissen verlief seit 1928 in entgegen gesetzter Richtung, so daß das neuinvestierte Kapital nicht nutzbar gemacht werden konnte und „einfror“. Das Jahr 1931 wird voraussichtlich eine den Verhältnissen eher entsprechende Abnahme der Betriebe zeitigen.

Zu 2. Wenn im Jahre 1928 schon 14,6 Prozent der Betriebe ruhten, gegenüber 17,8 Prozent im Jahre 1930, so muß man sich auch in dieser Beziehung über die verhältnismäßig geringe Differenz wundern. Sie wird nur erklärlich durch die Annahme, daß das Ruhen der Betriebe im Jahre 1928 fast ausschließlich als Folgeerscheinung der Rationalisierung (Stilllegung weniger rentabler oder aufgekaufter Konkurrenzbetriebe) in Betracht kam.

Zu 3. und 4. Die Abnahme der Zahl der Versicherten erhält eine eigenartige Beleuchtung durch einen Vergleich mit der Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverbande.

	1928	1929	1930
Im Monatsdurchschnitt waren von 100 Mitgliedern beschäftigt	87,8	72,4	52,4
arbeitslos waren von 100 Mitgliedern	12,2	27,6	47,6

Die Beschäftigungsmöglichkeit für die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes war also von 1928 bis 1930 um 40,3 Prozent zurückgegangen, während der Rückgang der Zahl aller Versicherten in der gleichen Zeit nur 31,1 Prozent, der der Vollarbeiter 29,0 Prozent betragen hat. Man sieht also, welche „Vorliebe“ die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes bei den Entlassungen genossen haben, was von ihrem Recht überzeugte Mitglieder nicht abhalten wird, auch in Zukunft neben der Erfüllung ihrer Pflichten die ihnen zustehenden Rechte in Anspruch zu nehmen. Freilich muß berücksichtigt werden, daß in der Steinbruchberufsgenossenschaft auch Ziegeleien und andere Erdbetriebe versichert sind, doch haben wir leider keine Veranlassung, die Unternehmer der Steinindustrie (von Ausnahmen abgesehen) als sozialer eingestuft zu betrachten, als es das Unternehmertum im allgemeinen ist.

Zu 5. leitet sich Herr G. 3. in Heft 20 der Unternehmerzeitung „Die Steinindustrie“ bei seiner Stellungnahme — die bereits in

der allgemeinen Besprechung angedeutet wurde — zum Verwaltungsbericht der Steinbruchberufsgenossenschaft u. a. folgendes:

„Die Lohnsumme ist dementsprechend auch zurückgegangen, und zwar von 351 Millionen Mark auf 270 Millionen Mark, gleichwohl ist der jährliche Arbeitsverdienst des Vollarbeiters nur 10 Mark weniger.“

„Es ist daraus klar zu ersehen, daß die von Arbeiter- und Gewerkschaftsseite oftmals vorgebrachte Behauptung, die Arbeitslöhne der Steinindustrie seien außerordentlich zurückgegangen, nicht zutrifft.“

Ein Demagogentümchen, das Herrn G. 3. alle Ehre macht. Wo und wer sind die Vollarbeiter, die im Jahre 1930 nur 10 Mark weniger verdient haben als im Vorjahr? Wir glauben z. B., daß alle bei Herrn G. 3. beschäftigt gewesenen Vollarbeiter bequem in seiner „guten Stube“ unterzubringen wären. Der uneingeweihte Leser muß doch annehmen, daß 1930 tatsächlich 121 265 Arbeiter 300 Arbeitstage beschäftigt wurden. In Wirklichkeit handelt es sich doch nur um eine Umrechnung der gesamten Jahresleistung in Einzeleistungen à 300 Arbeitstage, also um ein bloßes Rechenexempel.

Und zweitens. Wer auf Arbeiter- und Gewerkschaftsseite hat behauptet, daß die Löhne schon im Jahre 1930 außerordentlich zurückgegangen sind? Wohl niemand. Dagegen trifft dies um so mehr auf das laufende Jahr (1931) zu, was Herr G. 3. aber trotz genauer Kenntnis nicht erwähnt.

Zu 6. Der Rückgang der Zahl der gemeldeten Unfälle (34,1 Prozent) entspricht ungefähr der verringerten Beschäftigung (31,1 Prozent).

Zu 7. Die geringere absolute Abnahme der erstmalig entschädigten Unfälle (12,5 Prozent) läßt ihre relative Zunahme erkennen,

Verbandsstreu

Auf eine ununterbrochene 25- und mehrjährige Mitgliedschaft blickten im Monat Oktober 1931 nachstehende Kollegen in den mit genannten Zahlstellen zurück. In

- Breslau II: Gustav Eißler, Gustav Krusch.
- Düsseldorf II: Wilhelm Bracht.
- Frankfurt/Ober: Konrad Witte.
- Gnadensrei: Karl Eichner, Fritz Krähig.
- Hamburg: Albert Bochold, Paul Düne, Karl Düwel, Fritz Danger, Heinrich Eggert, Heinrich Echhoff, Karl Ehlers, Ernst Fischer, Karl Fröhle, Paul Gumbinger (der Kollege G. ist bereits 25 Jahre Kassierer der Zahlstelle Hamburg), Richard Hage, Emil Hartrat, Heinrich Heimann, Oswald Hohe, Peter Joost, Karl Krähmer, Hans Koch, Max Krug, Martin Kruse, Friedrich Klett, Max Kelling, Christian Kemmesies, Willi Leibing, Paul Leber, Ernst Leffler, Heinrich Lorenz, Theodor Mildner, Johann Münch, Franz Mras, Karl Neumann (der Kollege N. ist seit 21 Jahren Vorsitzender der Zahlstelle Hamburg), Friedrich Natterer, Albert Neumaier, Heinrich Preißer, Ernst Schöner, Friedrich Stoffregen, Willi Stoffregen, Hermann Storb, Robert Stern, Robert Stedmeß, Karl Struß, Paul Tisk, Otto Timmermann, Karl Vogt, Ernst Voggenreiter, Karl Weiß, Johann Wirtz, Joseph Weitzpheln, Günter Wohlleben, Friedrich Wohlfahrt.

- Herdede: Emil Geisler.
- Higerode: Fritz Mangold.
- Hodenau: Friedrich Wandel.
- Köln: Johann Kasper.
- Langensfeld: Wilhelm Barthel, Wilhelm Weber.
- Oldenburg (O.): Johann Meyer.
- Sprendlingen: Georg Pfaff, Philipp Schäfer.
- Ulm: Josef Kurz.
- Witten/Kuhr: Georg Batters.

Den genannten Verbandsmitgliedern zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage nachträglich die besten Wünsche. Möge es ihnen vergönnt sein, noch recht viele Jahre im Kreise der Kollegen zu wirken zum Nutzen der Allgemeinheit und als Beispiel für den Nachwuchs.

was gleichbedeutend mit der Zunahme schwerer Unfälle ist, während die leichteren (unentschädigten) Unfälle abgenommen haben.

Zu 8. Das drückt sich auch in der Steigerung des Gesamtbeitrages der Unfallentschädigungen aus, zu der auch die Auswirkung der 2. Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsstrafgefangene vom 11. Februar 1929 beitrug. Rund 123 000 Mark kamen 1930 auf dieses Ausgabekonto.

Zu 9. Die Beitragssteigerung, wie die Höhe des Beitrages selbst, muß als recht erheblich angesehen werden. Sie hängt zusammen mit der großen Gefährlichkeit des Steinbruchbetriebes. Dem schon erwähnten Herrn G. 3., der in seiner Besprechung auch darauf hinweist, daß die Arbeitgeber seit Bestehen der Steinbruchberufsgenossenschaft nahezu 150 Millionen Mark für Entschädigungen der versicherten Steinarbeiter allein aufgebracht haben, muß bei dieser Gelegenheit noch gesagt werden, daß er zwar formell im Recht ist, daß die Beiträge aber in Wirklichkeit einen Teil des den Unternehmern verbliebenen Mehrwertes der Arbeit darstellen.

Kurzschichten arbeiten. Im „Stöffe“ bei Erbach ist der Betrieb Bürges, Bonn, konkurs. Der Bruch Jean Uhrmacher, Oberkassel, arbeitet je nach Bedarf als mittelmäßiger Betrieb. Im Blattenbruch J. G. Adrian, einem Mutterbetrieb, arbeiten noch 50 Mann (früher 200). Die Linzer Aktiengesellschaft beschäftigt im „Stöffe“ in zwei Betrieben jetzt noch 50 Arbeiter gegen früher 250. In Marientberg sind die Eisenfelder Steinwerke seit zwei Jahren stillgelegt; sie gaben 120 Personen Beschäftigung. Firma Hamann früher 180 Mann, jetzt 50 bis 60. Die Westerwaldbrüche sind von 150 Arbeitern auf 50 zurückgegangen. Fehli-Ritzhausen (Schönberg) beschäftigen in zwei Brüchen noch 160 bis 180 Mann gegen 300 bis 350. In allen Brüchen sind die Arbeiter auf tägliche Kündigung eingestellt. Schlimmer als in der Basaltindustrie steht es mit den dortigen Braunkohlenwerken.

Reichswasser-Mustau. Versammlung am 31. 10. 1931. Die Tagesordnung war umfangreich, sie umfaßte 4 Punkte. Der Schriftführer war nicht anwesend. Von den Rundsprechern wäre die Einladung zur Bezirkskonferenz in Breslau zu erwähnen, wozu ein Delegierter entsandt wird. Bekanntgegeben wurde, daß die Wohlfahrtsbücher bis zum 15. 11. 1931 eingekandt werden müssen. — Dann schilderte der Gauleiter, Kollege C. Pfeife, die berufliche Lage in seinem Bezirk. Er betonte die Geflossenheit der Kollegen in Nieder- und Oberhessen und bedauerte die Zersplitterung in Sachsen, denn dort war es erst nach vielen Verhandlungen möglich, zu einem annehmbaren Abschluß zu gelangen. Außerdem ist es gelungen, ein Statut zur Wohlfahrt aufzustellen, daß dem Verband ein Recht zur Klage über nichtgezahlte Wohlfahrtsgebühren gibt. Am Augenblick ist die berufliche Lage trübsal: z. B. in der Zahlstelle Breslau haben von 250 Kollegen nur sechs 26 Wochen gearbeitet, während die übrigen nur vorübergehend in Arbeit standen. Es würde ein größerer Teil der Kollegen nur dann Arbeit finden, wenn es der Regierung gelingt, Gelder für den Straßenbau flüssig zu machen. Den Ausführungen des Gauleiters folgten die Kollegen mit großem Interesse. — Im anderen Tagesordnungspunkt wies der Gauleiter darauf hin, daß die Unternehmer den Tarif gekündigt hätten, obwohl er am Ende des Jahres abgelaufen wäre. Die Unternehmer haben die Absicht, die Löhne möglichst abzubauen. Er hoffe jedoch, daß es der Lohnkommission gelingen werde, auch diesmal für die Kollegen günstig abzuschließen. In der Aussprache betonten die Kollegen, daß eine weitere Herabsetzung der Löhne ohne Preisabbau für die Arbeiter nicht tragbar sei. Zum Schluß wurde über die Versuche zur Einführung der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht debattiert. Nach einigen lokalen Mitteilungen dankte der Vorsitzende dem Gauleiter für seine Ausführungen, der dann im Schlußwort erklärte, daß es ihm Freude gemacht hätte, die Mitglieder der Zahlstelle kennenzulernen. Kollege Pfeife forderte alle auf, in dieser schweren Zeit zusammen zu halten.

Reigen. Die Auswirkungen der durch die kapitalistische Anordnung herausbeschworenen Krise zeigten sich auch bei unserer Quartalsversammlung am 17. Oktober 1931 im Rückgang der Kassen- sowie Organisationsverhältnisse. Solche Beobachtungen erwecken bei manchem Unternehmer den Gedanken, die freien Gewerkschaften seien am Ende ihrer Kraft und sie, die Unternehmer, bald am Ziel, den verhassten Gewerkschaften den Todesstoß geben zu können. Bekannt ist ja, daß die Unternehmer zugunsten ihres Profits und zur Rettung des Kapitalismus das Tarif- und Schlichtungswesen vollständig abschaffen möchten. Ein klares Bild dieser Unternehmerrückfälle wurde vor unseren Augen entrollt durch einen Vortrag des Gauleiters, Koll. Mühle, über „Die Wirtschaftslage der Steinindustrie im 3. Gau und der Abschluß des Bezirksrahmentarifes für Pflasterstein- und Schotterindustrie“.

Nach einem umfassenden Ueberblick vom Beginn der Krise bis jetzt schilderte uns der Referent die neuesten Verhandlungsmethoden der Unternehmerverbände den Gewerkschaften gegenüber. Wie durch sture Unternehmerrückfälle das Zustandekommen eines Tarifvertrages verhindert wird, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, die Arbeiterkraft noch mehr ausbeuten zu können. Lohnabbau ist die einzige Rettungsparade der so vor Mittelid für das arme Volk triefenden Unternehmer. Ist aber ein Tarif zustande gekommen, dann scheuen sie nicht davor zurück, den beiderseits gestellten Antrag auf Allgemeinerbindlichkeit zurückzuziehen. Verschiedene Unternehmer hatten nichts Eiligeres zu tun, als aus ihrem Verband auszutreten, um sich dann einem andern Verband anzuschließen, der nicht Tarifkontrahent ist. Sie sind angehängt nicht in der Lage, die nach ihrer Meinung „überhöhten“ tariflichen Löhne zu zahlen. Soweit reicht ihre Einsicht nicht, einzusehen, daß die allgemeine Wirtschaftslage nur gebessert werden kann durch Hebung der Kaufkraft der Massen. Profit geht ihnen über die allgemeinen Volksinteressen.

In Anbetracht dieser Tatsachen gilt für uns: die Verbandsstreu bewahren und Außenleiter dem Verband zuführen; denn nur mit Hilfe des Verbandes sind wir in der Lage, uns zu wehren.

Das große Interesse der Kollegen am Vortrag des Gauleiters bewies die rege Aussprache. Für seine Ausführungen wurde ihm Dank zuteil. Zur Stärkung des Vertrauens zum Verband hat das Referat wesentlich beigetragen. Es wäre organisatorisch vorteilhaft, wenn öfter ähnliche Vorträge auf der Tagesordnung ständen. Dadurch würden manche Antimmigkeiten und Unklarheiten behoben, denn leider lesen nicht alle Kollegen ihre Verbandszeitung. Durch einen Vortrag mit Aussprache kann doch das Interesse für den Inhalt der Zeitung gehoben werden, so daß jeder seine Pflicht darin sieht, sein Wissen dadurch zu erweitern.

München. Am 24. Oktober fand eine außerordentliche Versammlung der Pflasterer von München statt. In dieser hielt der Zahlstellenvorsitzende, Kollege Rauffner, einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung und die Versuche, diese zu zersplittern. Er entrollte ein umfassendes Bild von der Gründung der Gewerkschaften bis zur Jetztzeit und zeigte, daß zu allen Zeiten die Gewerkschaftsgegner immer wieder die erstrebte Gewerkschaftseinheit zu verhindern suchten. Waren es früher Regierungen, Behörden und Unternehmer im trauten Verein, die mit allen Mitteln die ausblühenden Organisationen niederzuhalten versuchten, so sind es jetzt Arbeiter verschiedener Parteifarbung, die das Gleiche zu erreichen hoffen. Angesichts dessen ist es die große Aufgabe aller Arbeiter, sich fest und geschlossen zu den Gewerkschaften zu bekennen, alle Zersplitterungen derselben zu bekämpfen und fest und geschlossen hinter den Führern zu stehen. In der Diskussion wurde auf die tariflose Zeit des Vorjahres hingewiesen, die den Kollegen manches Opfer gebracht hat. Aber alle Kollegen sollten auch anerkennen, wie die Unternehmer glauben diese Zeit auszunutzen zu können. Wenn trotzdem wenige Kollegen sich daraufhin absetzten vom Verbandsverband gehalten haben, so zeigt dies, daß die Einigkeit in Zukunft noch eine größere sein muß. Kollege Wagner verteilte dann das Schreiben der Unternehmer, in welchem die Kündigung der Lohn- und Akkordsätze ausgesprochen wurde. Dies muß der Anlaß sein, daß für die nahe Zukunft alle Kräfte zusammengenommen werden müssen, um den Absichten der Unternehmer entgegen zu steuern. In diesem Sinne richtet der Vorsitzende, Kollege Dietl, an die Anwesenden den kräftigen Appell: Alle Uneinigkeit muß verschwinden, wenn nicht der größte Schaden für die Münchener Pflastererbewegung entstehen soll! Die Versammlung war von 66 Mitgliedern besucht. (Jeder Bericht muß mit Stempel und Unterschrift versehen sein! Red.)

*

Die Steinindustrie im Westerwald. Das Wiesbadener Tageblatt brachte am 30. Oktober folgende Uebersicht über das Daniederliegen der einst so blühenden Steinindustrie im Westerwald: Mehrere Jahrzehnte lang konnte ein Aufblühen beobachtet werden, während man jetzt eine erschreckende Armut sehe. Da sind zunächst die Brüche am Blausberg, an der Dornburg und der Bruch am Dorfeingang von Wilsenroth zu nennen, lauter prächtige Unternehmen mit Säulenbasalt. Der Wilsenrother Bruch ist auch heute noch in vollem Betrieb; in dieser Gemeinde verspürt man kaum etwas von Erwerbslosigkeit. In Friedrichshofen sind zwei Betriebe — einer davon nach Verdorf zu —, welche ebenfalls einen guten Absatz zu verzeichnen haben. Begibt man sich weiter nach Norden, so gewahrt man meist vollständige oder teilweise Arbeitslosigkeit bis nach Herborn hin. In Westerbürg ist ein Betrieb ganz eingestellt und im anderen werden noch etwa 50 Personen beschäftigt gegen früher 250. In der Umgebung von Langensahn ist die große Rothensbacher Lai (Säulen) ganz eingestellt und in der Rothens Höhle läßt die Firma Uhrmacher noch in

Rundschau

Aus der Kalkindustrie. Von der Nachrichtenstelle der Kalkindustrie wird über die Entwicklung im September und Oktober mitgeteilt:

Die Beschäftigung der Kalkindustrie ging in den Berichtsmo- naten infolge Sinkens der Aufträge aus den Verbraucher- gruppen weiterhin zurück. Die Krise am Baumarkt machte sich verstärkt geltend und führte in einzelnen Gegenden zu einem fast völligen Erliegen des Absatzes an das Baugewerbe sowie an die Kalksandstein- und Schwemmsteinfabriken. Das Geschäft mit der Landwirtschaft in Düngesack entsprach bei weitem nicht den gehobten Hoffnungen. Die schon in Anbetracht der geringen Kauf- kraft der Landwirtschaft ungünstige Nachfrage nach Düngesack wurde durch die Witterungseinflüsse noch stärker herabgemindert, so daß schon Ende September ein merkliches Nachlassen des Ge- schäfts spürbar wurde, das bereits im Oktober völlig zum Er- liegen kam und in keiner Weise an den Umfang des Absatzes im Vorjahre heranreichte. Auch der Bedarf der Zuckerraffinerien für die diesjährige Ernte läßt einen erheblichen Rückgang er- warten.

Ueber den Absatz an die chemische Industrie sind die Meldungen nicht einheitlich. Teils wird von einem Rückgang berichtet, teils soll der Abfluß unverändert geblieben sein. Hingegen ist der Ab- satz an die Eisen- und Stahlindustrie auf ein Minimum zurück- gegangen. Die Abnahme ist entsprechend den Schwankungen in den Aufträgen dieser Industrie sehr unregelmäßig. Die Ausfuhr nach Holland, der Tschechoslowakei und Oester- reich entspricht auch nicht mehr dem früheren Umfange, da die Konjunktur in diesen Ländern von der Krise wesentlich beein- flußt worden ist. Stärkere Einfuhr macht sich aus Schweden (namentlich für Kalkfesteine) und aus der Tschechoslowakei be- merkbar.

Ein Erfolg. Am 13. Oktober d. J. hat der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Eingabe an die Deutsche Reichsbahn auf die dringende Notwendigkeit der Verlängerung der Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner hinge- wiesen. Unter dem 31. Oktober teilt die Deutsche Reichsbahn- gesellschaft mit:

Wir haben angeordnet, daß die Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner über den 31. Oktober hinaus bis auf weiteres auf Grund der bisherigen Bescheinigung weiter zu ge- wahren ist.

Hitlers Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die NSDAP hat seit neuerer Zeit entdeckt, daß auch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist. Praktisch sieht der Kampf so aus, daß die Nationalsozialisten in ihren Länderparlamenten die Uebernahme der Arbeitsbeschäftigung für das Exportgeschäft nach Rußland grundsätzlich ab- lehnen. Nachdem die Nationalsozialisten schon vor wenigen Wochen in Oldenburg die Rußkredite abgelehnt haben, hat nunmehr auch die nationalsozialistische Fraktion des Thüringischen Landtages laut Bericht des „Nationalsozialist“ Nr. 221 vom 29. Oktober 1931 die Uebernahme der Staatsbürgerschaft für Rußkredite abgelehnt. Hätten die Nationalsozialisten in Thüringen die Mehrheit, so würde in den mit Rußkrediten versehenen Industriezweigen nunmehr neue Arbeitslosigkeit Platz greifen.

Der Zweck der NSD. Der nationalsozialistische Reichsbetriebs- zellenleiter Schumann hat in einem Vortrag vor der Ham- burger NSD (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) „Weise und Zweck der nationalsozialistischen Betriebszellen“ mit wünschenswerter Eindeutigkeit gekennzeichnet. Er erklärte laut „Hamburger Tageblatt“ (Nr. 233 vom 29. Oktober 1931):

„Die NSD ist keine gewerkschaftlich-wirtschaftliche Organi- sation, sondern vor allem das politische Kampfmittel der nationalsozialistischen Bewegung zur Eroberung der Betriebe und zur Säuberung der Gewerkschaften. Heute sind bei den arbeitenden Massen keine großen idealistischen Gedanken mehr zu finden, sondern nur noch trister Materialismus. Die NSD hat daher die Aufgabe, den deutschen Idealismus wieder fest in die Herzen der Arbeiter zu verankern.“

Der Pfändungsantrag des Gerichtsvollziehers und dessen Dienst- pflicht. Diese gegenwärtig überaus wichtige Frage behandelt das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 3. Febr. 1931 (III 114/30). Nach diesem Urteil liegt eine Verletzung der Amtspflicht vor, wenn der Gerichtsvollzieher den Schuldner als notorisch pfändbar bezeichne, ohne daß er sich vergewissert hat, ob der Schuldner nicht anderswo Waren verbirgt. Der Gerichtsvollzieher muß unbedingt die Frage stellen, ob der Schuldner noch andere Lagerräume besitzt. Des weiteren hat er evtl. Erkundigungen bei den Polizeibehörden darüber anzustellen. Erleidet der Gläubiger durch eine Nichtpfän- dung verkosteter Waren Schaden, so ist der Gerichtsvollzieher oder der Staat, je nachdem wie die vom Staat erlassenen Bestimmungen lauten, zur Ersetzung des Schadens verpflichtet. Daß das Reichs- gericht zu dieser Frage Stellung nehmen mußte, beweist, daß dies- bezügl. Fälle mehrfach vorkommen. Besonders in letzter Zeit wird auch uns des öfteren über ergebnislose Pfändungen berichtet. Aus diesem Grunde bringen wir den Kollegen diese Entscheidung zur Kenntnis. (Hr.)

Zweierlei Fremdenbehandlung. Einen seltsamen Doppelfall von Behandlung der Ausländer in der Schweiz berichtet ein französischer Arbeitersekretär in der Zeitung des Französischen Gewerkschafts- bundes „Le Peuple“:

Ein französischer Multimillionär suchte sich die Stadt Lausanne in der Schweiz zum Aufenthaltsort aus, weil nach der dortigen kantonalen Bestimmung reiche Ausländer für die Zeit von zehn Jahren von der Zahlung der Einkommensteuer entbunden sind. Der Millionär, der sich auf diese Weise der Einkommenbesteuerung seines Heimatlandes entzog, beschäftigte einen Privatsekretär französischer Nationalität. Er erhielt jedoch von der Schweizer Behörde die Mitteilung, daß seinem Sekretär die Aufenthaltserlaubnis ver- weigert werde, und die Aufforderung, diesen Sekretär zu entlassen und ihn durch einen schweizerischen Arbeitnehmer zu ersetzen. Der französische Privatsekretär wandte sich an die französische Gesandt-

schaft, die jedoch eine Intervention ablehnte. Darüber beklagte sich der Verfasser des Artikels, der erwähnte Arbeitersekretär, mit dem Hinweis, daß es der französischen Gesandtschaft ein leichtes gewesen wäre, auf die Schweizer Behörden einen Druck auszuüben in An- betracht der Tatsache, daß 140 000 Schweizer Arbeitnehmer in Frankreich das Wahlrecht genießen, gegenüber nur 60 000 Franzosen in der Schweiz.

Die Wohnungsnot. Die neue Nummer 5 von „Wohnungs- bau und Miete“ (dem Informationsorgan der Sozialdemokratie in Wohnungs- und Mieterfragen) ist der eingehenden Darstellung der augenblicklichen Lage im Wohnungsweisen gewidmet. Der Kampf der Sozialdemokratie für Mieterschutz und Wohnungsbau, der in diesen Tagen mit besonderer Heftigkeit geführt werden mußte, wird in den Artikeln: „Wohnungskrise und Wohnungsnot“ und „Verordnungskrieg gegen den Mieterschutz“ dargestellt.

Ueber die Auswirkungen der neuen Regierungsmassnahmen un- terrichtet ein Beitrag „Hauszinssteuer und Wohnungsbau nach der dritten Notverordnung“. Eine statistische Uebersicht über den Wohnungsbau im ersten Halbjahr 1931, Berichte aus den Län- dern, sowie zwei Beiträge über die Tätigkeit der Partei in bezug auf das Wohnheimstättengesetz und den Pachtzuschuß ergänzen die erwähnten Aufsätze. Aus allen leuchtet das Bestreben der Sozialdemokratie, dem Mieter durch sachliche Arbeit, fernab von Geschrei und Bluff, zu dienen. „Wohnungs- bau und Miete“ wird herausgegeben von der Verbearbeitung der Partei (Berlin SW 68, Lindenstraße 3).

Die wahren vaterlandslosen Gesellen. Mit welcher Gewissen- losigkeit deutsche Finanzleute ihr Vermögen ins Ausland ver- schieben haben, beweist eine Meldung des „Vorwärts“ Nr. 481. Ein Thüringer Textilunternehmer schickte einen Beauftragten nach Holland, um dort über eine Anleihe zu verhandeln. Diesem gegen- über hat der Direktor einer holländischen Großbank sich folgende- maßen geäußert: „Millionen und aber Millionen sind von den Deutschen in Holland angelegt, und täglich gehen noch Millionen Mark über anderes Ausland in Holland ein. Dabei geben wir keinen Pfennig Zinsen an die Deutschen und keinen Zent Zin- sen an die Holländer. Wir sind sogar so weit, daß wir für das Be- halten der enormen Geldmengen etwas berechnen! Die deutsche Regierung könnte mit dem Geld, das sie (die Holländer) gar nicht haben wollen, die ganze deutsche Wirtschaft in Gang bringen.“

Es hält schwer, hierzu Worte zu finden. Die deutschen Vater- landsverräter haben ihr Geld ins Ausland verschoben und lassen sich anschieben auch nicht durch die Androhung hoher Zuchthaus- strafen dazu bringen, diese Gelder wieder nach Deutschland an- zulegen. Sie verzichten nicht nur auf ihre Zinsen, sondern zahlen eher noch etwas darauf, damit die holländischen Banken diese „enormen Geldmengen“ verwalten. Gerechterweise müßten diese Schurken einer nach dem andern an den Galgen gebracht wer- den. Leider wird dies ein frommer Wunsch bleiben, weil diese großen Spihuben schlecht zu fassen sind. Zu dieser Notiz paßt vor- züglich als Gegenstück die folgende:

Streitrecht ist Landesverrat! Die äußerst schwere Krise verbietet es den Arbeitern, das ihnen zustehende Streitrecht in Anwendung zu bringen. Dennoch gibt es Leute, die selbst die wenigen Streiks noch verbieten möchten. In der Zeitschrift „Industrie- und Gewerkschaft“, dem Organ des Deutschen Industrie- und Gewerkschaftsbundes, Nr. 237 verlangt allen Ernstes ein Artikelshreiber, daß das Streitrecht vollständig verboten wird. Er knüpft an die Strafbestimmung an, die die deutsche Regierung in den Notverordnungen für Kapitalflucht usw. angedroht hat. Wenn die Kapitalflucht und der nicht genehmigte Devisenverkehr mit so hohen Strafen belegt werden soll, so müßten auch die Sachwalter der Arbeitskraft, die Gewerkschaften, an der Ausübung ihrer Rechte behindert werden. Deshalb wird vor- geschlagen, daß „Bestimmungen getroffen werden, die einen Miß- brauch des Streitrechts dadurch verhindern, daß sie ihn, ebenso wie die Kapitalflucht, strafrechtlich dem Landesverrat gleichstellen“. Eigentlich ist es schade, daß solche Artikelshreiber nicht mit Arbeiter- schäften in Berührung kommen. Doch dies nur nebenbei. Die Arbeiter- schaft wird sich ihr Streitrecht nie und nimmer nehmen lassen... Sie lehnt es auch ab, mit solchen Schurken, die ihr Geld ins Ausland schaffen, auf eine Stufe gestellt zu werden.

Bücher und Zeitschriften

Ein neues Frauenbuch. Das lebhaftest Verlangten nach einem neuzeitlichen Frauenbuch, das sich besonders an linksorientierte Verlage richtete, hat auch die Büchergilde Gutenberg, Berlin, veranlaßt, sich nach einem wichtigen Werk dieser Kategorie umzusehen. Und sie hat einen guten Griff getan! Der jetzt bei ihr erscheinende Roman „Die Kluff“ von Ellen Willifson, ins Deutsche übertragen von Otto Albrecht von Behber, in Leinen Preis 3 Mark, ist eines der wenigen wichtigen Bücher, die darauf Anspruch erheben können, die Beziehungen „neueitlich“ und „Frauenbuch“ zu verdienen.

Ellen Willifson gehört als Mitglied der englischen Arbeiterpartei dem britischen Parlament an. Schon als junges Mädchen widmete sie sich der politischen und ge- werkschaftlichen Bewegung. Während des Krieges war sie Munitionsbetreiberin und organisierte einen Streik. Sie kam ins Gefängnis, und als sie von dort entlassen wurde, ging sie sofort in die politische Arena zurück. Der lebhafteste kämpferische Geist dieser politischen Persönlichkeit geht auch durch den Roman „Die Kluff“, und dieser Roman erzählt nicht nur von dem Schicksal einer jungen Funktionärin der Arbeiter- bewegung in England, sondern er enthält auch zahlreiche charakteristische Situationen aus dem modernen Klassenkampf in England. Sittliche Verhältnisse treten auf, und oft sind ihre Handlungen und ihre Reden witzig-geistreich wiedergegeben. Die Verfasserin hat es verstanden, aus diesem Stoff einen guten Roman zu formen, einen Roman mit viel Geschehnissen und Personen, mit einer Mittelfigur, an deren persönlichem Schicksal jeder Leser und besonders jede Leserin Anteil nehmen muß, und die politische Absicht dieses Buches ist nicht jedem Abschnitt als Stempel auf- gedrückt. Aber auch die Gefahr, ein Mittelbild zwischen Courtis-Mahlerci und politischem Tendenzbuch zu schaffen, ist von Ellen Willifson vermieden worden. Das Lebensereignis der Romanheldin und ihr politisches Erlebnis verflochten sich dauernd und wechselseitig und lassen nie darauf schließen, daß hier etwas nur Mittel zum Zweck ist.

Das Buch führt uns in das Zentrum Londons, auch hinaus aufs Land, in die kleinen Orte und in die Freiheit der Natur. Und überall tut sich die große Kluff auf zwischen den Klassen, die weder von einer großen Liebe zweier Menschen, noch von guterzögter Ahnungslosigkeit in sozialen Dingen, noch von der eiteln Wohl- fälligkeit der bürgerlichen Gesellschaft überbrückt werden kann. Das Buch enthält ein Stück Zeitgeschichte und nimmt Stellung zu Problemen, die uns alle angehen. Besonders die Arbeiterfrauen werden diesen Roman freudig begrüßen.

Katgeber für die Arbeitslosenversicherung. Gemeinverständlich dargestellt von Friedrich Klees, Bürgermeister in Wickersleben. Heft 8 von Worbels Schlüssel- büchern. 6. Auflage (25. bis 28. Tausend). 48 Seiten. Verlag Friedrich A. Worbels, Leipzig G. 1, Königstraße 208. Einzelpreis 70 Pfennig. Bei Partiebeistellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Das Büchlein bringt in gemeinverständlich Weise alles Wissenswerte über die Arbeitslosenversicherung. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entstehung des Gesetzes werden Leistungen, Unterhaltungsverfahren, Ausbringung der Mittel, Straf- bestimmungen usw. behandelt. Eine Tabelle der wöchentlichen Unterhaltungsätze vervollständigt das empfehlenswerte Buch.

Die Anwartschaft in der Invaliden- und Angestelltenversicherung, von Heinrich Bachhaus, Arbeitersekretär in Berlin. 71 Seiten. Berlin 1931. Preis 1 Mk., Organisationspreis 75 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Ge- werkschaftsbundes m. b. H., Berlin E. 14, Inselstraße 6a.

Das Büchlein soll in erster Linie zur Aufklärung der Versicherten dienen, bietet aber auch dem Praktiker als Nachschlagewerk gute Dienste, zumal nicht nur auf die Gesetzstellen, sondern auch auf grundsätzliche Entscheidungen hingewiesen wird. Alle mit der Anwartschaft zusammenhängenden Fragen wie Versicherungs- pflicht, Beitragsleistung, Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft, Sonder- anstalten und Ersatzfällen sind in leichtverständlicher Weise erläutert und am Schluß Reformvorschlüsse zur Änderung von Bestimmungen gemacht. Das Buch kann allen Versicherten und Fachleuten empfohlen werden.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Schwarzenbach wurde der Steinmetz Adolf Seidel wegen Tarifbruchs und auf Antrag der Zahlstelle Lauenburg/Pommern der Steinschläger Hermann Basilius wegen Schädigung der Verbandsinteressen ausgeschlossen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berjammlungen:
Sonntag, 15. November.
In Hirschberg (Schles.) um 14 Uhr in der alten Hoffnung (Steiniger-Fachgruppe, Stellung zum neuen Tarif, Abgabe der Wohlfahrtskarte).

Sonntag, 29. November.
Für Lauter um 9 Uhr „Reichshalle“ zu Aue. Alles zur Stelle!

*
Raumünzsch. Die Firma Kiederle, Schwarzwälder Granit- werke, hat in ihrem hiesigen Werk ganz willkürliche Lohnsätze durch Anschlag verfügt, die eine bedeutende Lohnsenkung vorsehen; sie fordert die vor Wochen entlassenen Steinarbeiter auf, die Arbeit aufzunehmen. Es handelt sich um die Pflastersteingruppe. Ein Tarif ist nicht vereinbart worden. Der Betrieb ist infolge- dessen zu meiden!

Gsteinach und Ochsenbrud. In beiden Orten sind die Granit- werke bzw. Schleifereien unbedingt zu meiden wegen Lohnabzügen ohne Vertändigung mit unseren Kollegen.

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma Morgeneier & Schörner hier am Ort müdet den Steinarbeitern zu 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Die Firma ist deshalb streng zu meiden!

*
Berlin. Die Zahlstelle bei Martin, Christianiastraße 7, ist aufgelöst. Die Kollegen in diesem Bezirk können ihre Marken in der Zahlstelle bei Seefeld, Schulstraße 114 und bei Sorgah, Uferstraße 12, bezahlen.

Verteilte Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt in Cune- walde.

Hamburg. Achtung! Steinseher und Berufsgenossen im Bezirk Groß- Hamburg. Betr. Wohlfahrtsrichtung! 1. Die Wohlfahrtsbücher müssen vom 15. Nov. bis einschl. 5. Dez. 1931 durch die Unterkassierer beim Koll. A. Meins, Hamburg, Fuhrsbüttel Str. 649, Hs. 25, abgeliefert sein, da Kollege Müller plötzlich verstorben ist.
2. Das Wohlfahrtsgeld wird am 19. Dezember von 11 bis 17 Uhr, reiflos ausgezahlt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine spätere Ein- lieferung, wie angegeben, nicht berücksichtigt werden kann; daselbe gilt auch für die Auszahlung. Sobald die Termine abgelaufen sind, wird nichts mehr angenommen und nichts mehr ausgezahlt.

Innungsbezirk Magdeburg (Steinseher und Berufs- genossen). Die Arbeitgeber sind benachrichtigt, daß die Wohl- fahrtsbücher für dieses Jahr zum 18. November ordnungsgemäß abzuliefern und bei der Lohnzahlung am 20. auszuhändigen sind. Jeder Kollege hat darauf zu achten, daß die Zahl der geleisteten Stunden eingetragen ist und die Marken stimmen. — Später ein- gehende Wohlfahrtsbücher, also nach dem festgesetzten Termin, finden keine Berücksichtigung. — Die Wohlfahrtsbücher sind an den Geschäftsführer, Steinsehermeister Otto Benke, Magde- burg-N., Michaelstraße 39, abzuliefern.

Oberschlesien. Wohlfahrtsrichtung. Wegen der bevorstehenden Abrechnung müssen die Arbeitgeber rechtzeitig auf die Anforderung der benötigten Marken hingewiesen werden. Die am 30. November d. J. abzuschließenden Wohlfahrtsbücher sind bei der ersten Lohn- zahlung im Dezember entgegenzunehmen und spätestens bis 15. Dezember einzeln oder zahlstellenweise an die Geschäftsstelle, z. Hd. Herrn Heinrich Graf, Gleiwitz, Tarnowitzer Land- straße 69, einzureichen. — Zu jedem Wohlfahrtsbuch muß das Ver- bandsbuch mit eingeschickt sein, ohne dem erfolgt keine Auszahlung. Der 15. Dezember ist der äußerste Termin, später eingehende Wohlfahrtsbücher können nicht mehr berücksichtigt werden.

Berlorene Mitgliedsausweise: In Rothenburg o. T. das Verbandsbuch Nr. 31756 für Andreas Muckel, Steinseher (mit sämtlichen Ausweispapieren gestohlen). Vor Mißbrauch wird ge- warnt!

Anzeigen

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Es ist neu erschienen:
Kinderland
1932

Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Reich illustriert. Farbige Bilder beleben das Buch. Sprudelnde Lebensfreude vom ersten bis zum letzten Blatt. Die Kinder haben selbst daran mitgearbeitet. Das Kinderland kostet **1.50 RM.** Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

Steinarbeiterhosen aus Ill-Drath- leder mit 12er Schuh u. Leertaschen 11.50 Mk., aus Ill-Drathleder 8.— und 6.— Mk., Mauerstrümpfe 1.10 Mk., Echt Linder-Manchesterhosen Qual. I 15.—, II 11.50, III 10.— Mk. vors. n. Maß v. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterst. 2 (Spezialfabrik für Berufsleistung)

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- München. Am 27. Oktober der Steinmetz Joseph Nickl, 68 Jahre alt, 4 Monate krank, Asthma.
- Oppeln. Am 27. Oktober der Steinsetzer Stefan Dudek, 49 Jahre alt, herzkrank. — Am 28. Oktober der Steinsetzer Joh. Schnura II, 33 Jahre alt, Schlaganfall.
- Pirna. Am 30. Oktober der Brecher Robert Felbrich, 57 Jahre alt, 4 Jahre krank, Staublung.
- Bayreuth. Am 30. Oktober der Schleifer Johann Hofmann, 54 Jahre alt, Schlaganfall.
- Hemsbach (Bergstraße). Am 30. Oktober der Granitsteinmetz Michael Gruber, 61 Jahre alt, 17 Monate krank, Lungentuberkulose.
- Berlin. Am 2. November der Rammer Fritz D a c e b e l, 59 Jahre alt, Herz- lähmung.
- Hamburg. Am 2. November der Rammer Rudolf Müller, 54 Jahre alt, Herzschlag.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Windler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Adressenänderungen

- 2. Gau: Königswalde. Vorj. u. Kass.: Aug. Korn, Viehhöfe, Nr. 51, Post Königswalde, Kr. Neurode i. Schle.
- 9. Gau: Bezirksleiter: Paul Horn, Heuchelheim b. Gießen, Wil- helmstraße 78. Telephon 2085.
- 11. Gau: Delmenhorst. Vorj.: Fritz Janitz, Klosterdamm 69a. Kass.: Karl Klafen, Kirchhimmeln, Delmenhorst-Land.

Briefkasten

Wolfschagen. Bei den in Nr. 43 veröffentlichten Jubilaren der Zahlstelle ist uns ein Druckfehler unterlaufen, denn der zuerst ge- nannte Jubilar heißt nicht Kurt, sondern Karl Bahl, er gehört ebenso wie die Kollegen W. Klingebiel, Heiner Mittendorf, Willi und August Bauerhoff zu den Gründern der Zahlstelle Wolfschagen.

Pflichten. Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder Körper oder Gesundheit verletzt oder eine Sache beschädigt, so haftet der Tierhalter für den Schaden. Bei Haustieren nur dann, wenn der Tierhalter die erforderliche Sorgfalt nicht beachtet hat.